

Zu diesem Zweck wird UNI

auf globaler Ebene

- für ein demokratischeres System der Global Governance kämpfen, in Übereinstimmung mit den Empfehlungen der IAO-Weltkommission für die soziale Dimension der Globalisierung.
- den wichtigsten Akteuren im multilateralen System nahe legen, die Agenda für menschenwürdige Arbeit zu bestätigen und zu fördern.
- den multinationalen Unternehmen nahe legen, alle Dimensionen der menschenwürdigen Arbeit zu respektieren.
- verlangen, dass alle relevanten internationalen Organisationen, einschließlich IWF, Weltbank und WTO, die Kernarbeitsnormen in ihren Politiken und Strategien respektieren und fördern.
- die Themen Abschaffung der Kinderarbeit und HIV/AIDS in ihre Diskussionen mit den Arbeitgebern über die soziale Verantwortung der Unternehmen und die globalen Rahmenverträge einbeziehen.
- die Abschaffung der Kinderarbeit auf die Tagesordnung der UNI-Veranstaltungen setzen.
- mit NGO's zusammenarbeiten, die die gleichen politischen Ziele verfolgen, einschließlich der Re-Regulierung der nachhaltigen Entwicklung der globalen Finanzmärkte, der wirksamen Durchsetzung der Kernarbeitsnormen und einer Reform der internationalen Finanz- und Handelsinstitutionen.

auf sektoraler Ebene

- die UNI-Programme im Licht der Agenda für menschenwürdige Arbeit prüfen, vor allem um sicherzustellen, dass Wirtschaftsreformen mit der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze und der Förderung eines die Armut verringernenden Beschäftigungswachstums verknüpft werden.
- im Dialog mit Unternehmen und Arbeitgebergruppen Strategien für menschenwürdige Arbeit verfechten und Verbindungen mit anderen Gruppen aufnehmen, im Bestreben, menschenwürdige Arbeit und nachhaltige Entwicklung zu fördern.
- die frauenspezifischen Auswirkungen der Globalisierung aufzeigen.
- Nachdruck legen auf die Chancengleichheit und die Gleichbehandlung von Männern und Frauen als eine der grundlegenden Dimensionen der menschenwürdigen Arbeit in allen Sektoren.
- in Verhandlungen mit Unternehmen und Arbeitgeberorganisationen besonderes Augenmerk auf die Durchsetzung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen auch für solche ArbeitnehmerInnen legen, die vorwiegend „modernen“ informations- und wissensbasierten Tätigkeiten nachgehen, deren humane Gestaltung spezifischen Anforderungen - z.B. in punkto Arbeitszeit - unterliegt.
- sich in verstärktem Maße kritisch-konstruktiv mit der Innovationspolitik von Unternehmen auseinandersetzen, um dem Ziel beschäftigungsförderlicher, sozialer und humaner Innovation - statt arbeitsplatzvernichtender Rationalisierung - größere Geltung zu verschaffen.
- Förderung des Austauschs von Erfahrungen über erfolgreiche Projekte und Praktiken von UNI-Gewerkschaften zur Durchsetzung menschenwürdiger Beschäftigung.

auf regionaler Ebene

- die Regierungen aufrufen, Landesprogramme für menschenwürdige Arbeit aufzustellen, die im Rahmen eines nationalen und lokalen Dialogs aller Interessengruppen wesentliche Defizite in Bezug auf menschenwürdige Arbeit ermitteln, Prioritäten und Ziele definieren, namentlich in Bezug auf die Verringerung von Arbeitslosigkeit und Unterbeschäftigung, und die erzielten Fortschritte bewerten.
- die Regierungen dazu auffordern, Gewerkschaften in Arbeitsaufsichtsdienste einzuschließen.
- vor allem in Entwicklungsländern verlangen, dass alle sozial- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen mit dem Ziel eines die Armut und die Ungleichheit verringernenden Beschäftigungswachstums vereinbar sind.
- dafür sorgen, dass die Ziele in Bezug auf menschenwürdige Arbeit in die von der Weltbank unterstützte Strategie zur Bekämpfung der Armut (Poverty Reduction Strategy Papers - PRSP) und in die nationalen Berichte über die Millenniums-Entwicklungsziele integriert werden.
- die regionale und nationale Bewertung der sozialen Auswirkungen wirtschafts-, finanz- und handelspolitischer Maßnahmen der Regierungen, unter Mitwirkung nationaler Interessengruppen und multilateraler Institute (IWF, Weltbank, WTO, UNDP, IAO, usw.), fördern.
- den Regierungen nahe legen, in Verbindung mit bilateralen und regionalen Abkommen über Handel und Investitionen die IAO um Unterstützung bei der Ausarbeitung von Programmen zur Förderung der Kernarbeitsnormen zu ersuchen.
- mit der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten, einschließlich NGOs und Bürgerorganisationen, um die Kapazitäten und Ressourcen für die progressive Abschaffung der Kinderarbeit zu mehren und eine nachhaltige soziale, ökonomische und ökologische Entwicklung zu fördern.

UNI/GS/09-2005-0029/DE


global union

Avenue Reverdil 8-10
1260 Nyon
Schweiz

Tel: +41 22 365 21 00
Fax: +41 22 365 21 21

E-Mail: contact@union-network.org
www.union-network.org



Sensibilisierung der Weltöffentlichkeit für menschenwürdige Arbeit

UNI-Aktionsplan für menschenwürdige Arbeit

In allen Ländern besteht das grundlegende Bedürfnis nach menschenwürdiger Arbeit. Die IAO-Agenda für menschenwürdige Arbeit umfasst vier strategische Ziele: Förderung der Beschäftigung, Rechte am Arbeitsplatz, Sozialschutz und Sozialdialog. Die Agenda für menschenwürdige Arbeit geht davon aus, dass diese Ziele am besten gemeinsam verfolgt werden, da die Fortschritte, die auf einem der Gebiete erzielt werden, die Aktionen, die zur Verwirklichung der anderen unternommen werden, verstärken und ergänzen. Als Rahmen für die soziale Entwicklung verlangt die Agenda Politikkohärenz und begünstigt eine nachhaltige Entwicklung, die auf den drei Grundpfeilern: Wirtschaftswachstum, soziale Entwicklung und Umweltschutz beruht.

Das Recht auf angemessene Lebens- und Arbeitsbedingungen ist ein allgemein anerkannter internationaler Grundsatz. Die UNO-Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (1966) gesteht allen ArbeitnehmerInnen das Recht auf einen Arbeitslohn zu, der ihnen u. a. 'einen für sie selbst und für ihre Familien angemessenen Lebensstandard gewährleistet'. Im Jahr 1976 forderte die Weltbeschäftigungskonferenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) die 'Erreichung einer produktiven Vollbeschäftigung unter Berücksichtigung menschenwürdiger Arbeitsbedingungen'.

Die Agenda für menschenwürdige Arbeit steht im Einklang mit traditionellen Gewerkschaftszielen und Forderungen nach 'mehr und besseren Arbeitsplätzen', 'Arbeitsplätzen und Gerechtigkeit' und 'Recht auf menschenwürdige Arbeit'. Aus der Sicht der Gewerkschaften umfasst die Agenda für menschenwürdige Arbeit eine vollwertige und frei gewählte Beschäftigung, Arbeitnehmerrechte und angemessene Arbeitsbedingungen, Gleichbehandlung und Chancengleichheit, Sozialschutz und öffentliche Dienstleistungen für die Beschäftigten und ihre Familien, Sozialdialog und eine demokratische Weltordnungspolitik sowie ein internationales System zur Förderung der Verwirklichung dieser Ziele.

Die Zielsetzung der menschenwürdigen Arbeit wird durch den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gefördert. Eine obere Begrenzung gibt es nicht, jedoch eine untere Grenze, die in der IAO-Erklärung über grundlegende Prinzipien und Rechte bei der Arbeit (Kernarbeitsnormen - 1998) festgelegt ist und von der Notwendigkeit einer angemessen entschädigten Arbeit und der Einkommenssicherheit diktiert wird. Die Kernarbeitsnormen umfassen die Vereinigungsfreiheit und das Recht zu Kollektivverhandlungen, die Beseitigung der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf, die Beseitigung von Zwangsarbeit und die effektive Abschaffung von Kinderarbeit. Diese Rechte stellen eine zwingende Voraussetzung für Würde, Gleichstellung und Sicherheit der Menschen dar.

In allen Teilen der Welt leiden ArbeitnehmerInnen unter der mangelnden Verwirklichung menschenwürdiger Arbeit in unterschiedlicher Form: Arbeitslosigkeit oder Unterbeschäftigung, ungünstige oder gefährliche Arbeitsbedingungen, Verweigerung von Gewerkschaftsrechten, diskriminierende oder ungerechte Behandlung, unzureichende berufliche Ausbildung und unzureichender Schutz bei Beschäftigungslosigkeit, Arbeitsunfällen, Krankheit, Behinderung oder Alter, Fehlen von sozialen Diensten, oder sind mit einer Kombination dieser Faktoren konfrontiert.

Viele Anstrengungen zur Überwindung dieser Defizite werden durch undemokratische Governance, in der Form von weitverbreiteter Korruption in einigen Ländern und von massiver Steuerhinterziehung in anderen Ländern behindert. Der globale Wettbewerb für Märkte, Investitionen und Arbeitsplätze führt zu einer Abwärtsspirale bei den Arbeitsbedingungen weltweit und zu ersten Missbräuchen, so zum Beispiel in vielen Exportverarbeitungszonen. Die Unternehmen verstehen es, die Angst der Arbeitskräfte vor einem "Wettlauf nach unten" auszunutzen.

Gut entlohnte Vollbeschäftigung für Frauen und Männer lautet die zentrale Forderung der Agenda für menschenwürdige Arbeit. Das ist der Weg zur Anhebung des allgemeinen Lebensstandards und zur Gewährleistung einer gerechteren Einkommensverteilung. Ganz besonders in Entwicklungsländern sollten alle sozialen und wirtschaftlichen Strategien mit dem Ziel eines Beschäftigungswachstums vereinbar sein, das Armut und Ungleichheit verringert. Ein solcher Politikansatz darf nicht nur wirtschaftliches Wachstum berücksichtigen, sondern muss auch direkte Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen und der Fertigkeiten der Bevölkerung dieser Länder sowie die Bereitstellung der erforderlichen Mittel (Infrastruktur, Produktionshilfen, Ausrüstungen, Kredite) vorsehen. Die Förderung von Landgebieten muss zu den zentralen Anliegen dieser Strategie gehören.

Arbeitnehmerrechte am Arbeitsplatz beinhalten das Vereinigungsrecht sowie das Recht zur Verteidigung und Förderung ihrer Interessen und zu einer konkreten Mitwirkung an den sie betreffenden Entscheidungen. Die Agenda für menschenwürdige Arbeit fordert den Abbau der Hindernisse für eine gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten oder für kollektive Verhandlungen über Lohn- und Arbeitsbedingungen. Im Kampf gegen Armut verlangt sie besondere, gezielte Maßnahmen zur Ausbildung und Organisation von Beschäftigten mit geringen Einkommen, von Selbständigen und Lohnempfängern. Zur Gewährleistung angemessener Bedingungen sind auch Strategien gegen Diskriminierung und zum Schutz vor Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten notwendig. Wissenschaftliche Studien zeigen, dass sich die Einhaltung hoher Arbeitsnormen positiv auf Wirtschaftswachstum, Leistungsfähigkeit und Einkommensverteilung auswirkt.

Die Feminisierung der Armut und Übel, wie der wachsende Menschenhandel mit Frauen und Kindern, sind die dunklen Seiten der neuen Weltwirtschaft. Familienpolitische, arbeitsrechtliche und sozialrechtliche Maßnahmen müssen zur Armutsbekämpfung beitragen. Ein gut geregelter Arbeitsmarkt muss den Frauen angemessene Mindestentgelte, konsequent umgesetzte Entgeltgleichheitsgesetze und einen umfassenden Sozialschutz bieten. Besonders wichtig sind frauenspezifische Angebote zur Aus- und Weiterbildung, Förderung der Qualifizierungsangebote für Frauen, Maßnahmen zur Erleichterung des Wiedereinstiegs ins Berufsleben, eigenständige Existenzsicherung von Frauen im Alter, kostenloser Zugang zu Bildung und die Erschließung neuer Berufsfelder. Steuersysteme sollten nicht nur für mehr Gerechtigkeit zwischen den sozialen Schichten, sondern auch zwischen den Geschlechtern sorgen.

Kinderarbeit bedeutet hohe soziale und wirtschaftliche Kosten; sie ist oft direkt mit der Verletzung anderer Kernarbeitsnormen verbunden. Wo erwachsenen Beschäftigten das Recht auf Organisation und Kollektivverhandlungen für menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen verweigert wird, werden oft auch ihre Kinder zur Arbeit herangezogen. Die Kinderarbeit ist immer noch weit verbreitet und sogar ein weltumspannendes Problem; 246 Millionen Kinder leisten Kinderarbeit, davon 179 Millionen unter den schlimmsten Bedingungen.

Durch die HIV/AIDS-Pandemie erhält dieses Problem in vielen Ländern der Welt eine neue, tragische Dimension. Millionen von Kindern sind zu Waisen geworden, weil ein Elternteil oder beide Eltern an AIDS gestorben sind. Weitere Millionen werden folgen.

Die Arbeitgeber stehen unter dem Druck des immer stärker wettbewerbsorientierten globalen Markts und müssen auf die langfristigen negativen Auswirkungen von diesem nachteiligen Zyklus auf die Wirtschaftsentwicklung aufmerksam gemacht werden.

Die Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) der UNO wurden im Hinblick auf eine wirksame Bekämpfung der Armut in der Welt festgelegt. Acht Ziele sollen bis 2015 erreicht werden: Halbierung der Zahl der Menschen, die unter extremer Armut und unter Hunger leiden; Gewährleistung einer universellen Grundschulbildung (bis 2005); Gleichstellung der Geschlechter in der Ausbildung und in der parlamentarischen Vertretung; Verringerung der Sterblichkeit von Kindern unter fünf Jahren; Senkung der Müttersterblichkeit (bei der Geburt von Kindern); Verhinderung einer weiteren Ausbreitung von Krankheiten, namentlich HIV/AIDS und Malaria; Gewährleistung einer nachhaltigen Umwelt (einschließlich Trinkwasser und sanitären Anlagen), sowie eine globale Partnerschaft im Dienst der Entwicklung (Entwicklungshilfe, Schuldenerlass und Handel).

Unter den MDG wird die notwendige Verringerung der Zahl der Arbeitslosen und Unterbeschäftigten (die trotz Arbeit arm sind) nicht erwähnt; die Förderung menschenwürdiger Arbeit ist jedoch für die Erzielung dauerhafter Fortschritte im Kampf gegen Armut von entscheidender Bedeutung. Die IAO-Weltbeschäftigungskonferenz forderte die Länder bereits im Jahr 1976 auf, Ziele für eine 'schrittweise Verringerung der Beschäftigungslosigkeit und Unterbeschäftigung zu setzen'. Die MDG-Strategie umfasst nun Zielvorstellungen für menschenwürdige und produktive Arbeit für die jungen Menschen. Weltweit sind nahezu fünfzig Prozent aller Arbeitslosen Jugendliche zwischen 15 und 24 Jahren, und die Zunahme der jungen Arbeitssuchenden übersteigt bei weitem die heutige Kapazität der Wirtschaften, die notwendigen Arbeitsplätze bereit zu stellen. Diese Kluft kann nur dann verringert werden, wenn gezielte beschäftigungsfördernde Wirtschaftswachstumsstrategien, die auf einer nachhaltigen Entwicklung beruhen, zum Einsatz kommen.

Die Migration für Beschäftigung dürfte in den nächsten Jahrzehnten merklich zunehmen und ist ein deutliches Zeichen für die Unfähigkeit der globalen Wirtschaft, dort, wo die Menschen leben, eine ausreichende Zahl von Arbeitsplätzen zu schaffen. Viele Wanderarbeiter werden ausgebeutet. Ungeachtet ihres Rechtsstatus müssen Wanderarbeiter vor diskriminierenden Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen geschützt werden. Der bilaterale und multilaterale Dialog zwischen Herkunfts- und Zielländern muss verstärkt werden, und es müssen gemeinsame Maßnahmen zur Förderung einer menschenwürdigen Beschäftigung in den Herkunftsländern ergriffen werden. Die IAO sollte bei Anstrengungen zur Schaffung eines multilateralen Rahmens für nationale Gesetze und Praktiken, die die grenzüberschreitende Migration regeln, als Koordinatorin fungieren. Diesem Rahmen müssen Kernarbeitsnormen und andere Grundrechte des Menschen zugrunde liegen.

Wirtschaftsreformen müssen mit der Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze in Verbindung gebracht werden. Diesbezügliche Strategien müssen eine Vielfalt von Maßnahmen zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigungsfähigkeit umfassen, einschließlich technologischer Aufrüstung und Kompetenzerweiterung. Die Management-Methoden müssen weiterentwickelt werden, damit Manager in der Lage sind, diese Maßnahmen durchzuführen und ihrer sozialen Verantwortung nachzukommen. Es ist inakzeptabel, dass Menschen, deren Arbeitsplätze zerstört werden, nur ein minimales Einkommen geboten wird. Länder, die dem Wandel mit einer effizienten und fairen Beschäftigungspolitik begegnen, sind besser in der Lage, positive Auswirkungen der Globalisierung und anderer struktureller Veränderungen zu nutzen. Um den sich rasch wandelnden Anforderungen der globalen Wirtschaft gerecht zu werden, müssen die Regierungen einen institutionellen Rahmen schaffen, der erlaubt, die Flexibilitätsforderungen der Unternehmen mit der notwendigen Sicherheit für die Beschäftigten in Einklang zu bringen. Alle ArbeitnehmerInnen sollten durch die Gesetzgebung oder einen Vertrag abgesichert sein.

Sozialschutz und soziale Dienste sind unverzichtbar, um für alle Mitglieder der Gesellschaft einen Einkommensschutz und Zugang zur Bildung und zu Gesundheitsdiensten gewährleisten zu können. Soziale Sicherheit ist ein weltweit anerkanntes Grundrecht des Menschen, das jedoch 80% der Weltbevölkerung versagt ist. In Ländern, in denen universelle Systeme vorhanden sind, geraten sie zunehmend unter Druck, durch eine alternde Bevölkerung, sprunghaft ansteigende Gesundheitskosten und ständige wirtschaftliche Umstrukturierungen, bedingt durch Privatisierung, Liberalisierung und Globalisierung.

Auf der Agenda für menschenwürdige Arbeit muss die Förderung der angemessen bezahlten Beschäftigung eine Vorrangstellung einnehmen. Eine faire Globalisierung verlangt zudem globale Mechanismen, die dafür sorgen, dass der Nutzen des Wachstums auch den benachteiligten Gruppen zugute kommt. Es dürfte noch einige Zeit dauern, bis die Idee der grenzüberschreitenden sozialen Solidarität Wurzeln schlägt. Schätzungen der IAO zufolge müssten rund 2% des globalen Bruttovolkseinkommens eingesetzt werden, um den Armen ein Minimum an Einkommenssicherheit, Zugang zu Grundschuleinrichtungen und

grundlegenden Gesundheitsdiensten zu gewährleisten. Als erster Schritt könnten private und staatliche Beiträge in Entwicklungsländern mit freiwilligen Beiträgen von Privatpersonen und Organisationen in den reichen Ländern kombiniert werden.

Der Sozialdialog ist sowohl eine Zielsetzung als solche, als auch ein Mittel, um andere Ziele zu erreichen, ein flexibles Werkzeug, das Regierungen und Sozialpartnern erlaubt, den Wandel zu bewältigen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung innerhalb der Länder und auf internationaler Ebene zu fördern. Die zahlreichen Herausforderungen, denen die moderne Gesellschaft gegenübersteht, mobilisieren auch viele andere Gruppen: die globale Zivilgesellschaft, Verbrauchergruppen, Frauenorganisationen, Umweltschützer, usw. Sie gestalten diesen Dialog mit, und die Gewerkschaften müssen angemessene Beziehungen zu ihnen herstellen und neue Beziehungen mit ihren traditionellen Partnern (Arbeitgeber und Regierungen) schaffen und Rolle und Platz der Frauen in diesen Beziehungen für den sozialen Dialog fördern.

Aktionsplan

UNI wird sich aktiv für die weltweite Förderung der Agenda für menschenwürdige Arbeit einsetzen, durch gemeinsame Kampagnen mit anderen Globalen Gewerkschaften,

- für ein internationales wirtschaftliches und politisches System, das die Verwirklichung der Agenda für menschenwürdige Arbeit erleichtert.
- für eine stärkere Präsenz der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) im multilateralen System und die Verbesserung ihrer Kapazität, Länder bei der Planung und Umsetzung integrierter Strategien für menschenwürdige Arbeit zu unterstützen.
- für die Ratifizierung und Umsetzung wichtiger IAO-Urkunden auf Gebieten wie Grundrechte der ArbeitnehmerInnen, Arbeitsaufsicht, Berufsausbildung, Beschäftigung, Arbeitsbedingungen, Gesundheit und Sicherheit sowie Soziale Sicherheit.
- für einen multilateralen Rahmen für nationale Gesetze und Praktiken zur Regelung der Migration für Beschäftigung, gestützt auf Kernarbeitsnormen und andere Menschenrechte.
- für die weltweite Achtung der Kernarbeitsnormen und die Entwicklung anderer Elemente einer sozialen und wirtschaftlichen Plattform für die globale Wirtschaft, einschließlich Strategien für Vollbeschäftigung, und - als erster Schritt - eine Mindesteinkommens-Garantie und Zugang zu Grundausbildungseinrichtungen und grundlegenden Gesundheitsdiensten.
- gegen Politiken, die eine Untergrabung bestehender Normen für menschenwürdige Arbeits- und Lebensbedingungen zum Ziel haben.
- um zu gewährleisten, dass internationale Standards nicht dazu herangezogen werden können, Abkommen, Rechte oder Standards, die bereits auf nationaler Ebene bestehen, einzuschränken bzw. zu kürzen.
- für die Einhaltung der rechtlich festgelegten Arbeitszeitbeschränkung, bzw. wo angebracht, der Arbeitszeitverkürzung.
- für die Förderung der beruflichen, sozialen und ethischen Verantwortung von Fach- und Führungskräften und für die Verfügbarkeit von Schutzmaßnahmen für den Konfliktfall.